

Abonnements-Gebühren:
Stichten: Jahrl. K. 9,
1/2 Jahrl. 5, 1/4 Jahrl. 2.60,
Schweiz: Jahrl. Fr. 9,
1/2 Jahrl. 5, 1/4 Jahrl. 2.60

Oberrheinische
Nachrichten

Anzeiger für Diebstein und Umgebung

Abonnements nehmen
entgegen: Baduz-Mels,
die
Zeitungsträger u. die
Poststellen. Insofern nehmen
die Zeitungsträger u. die
Buchdruckerei entgegen und
müssen für die
Anmeldung der
Anzeigen an die Redaktion zu
senden. Schriftliche An-
fragen sind franco zu
belegen. — Anonymes
wird nicht berücksichtigt.

Druck u. Expedition: Organverl. Buchdruckerei A. G., Mels
Verlag: „Oberrhein. Nachrichten“ A. G., Mels (Telefon 55)

Verab auf das 21. Lebensjahr.
(Korrespondenz.)

III.

Für die Herabsetzung des Wahlfähigkeits-
und Großjährigkeitsalters sprechen auch Grün-
de der Sozialpädagogik, insbesondere
der politischen Erziehung. Nichts spricht
schlagender für die Terminherabsetzung, als die
oft gehörte Redewendung: „Ja, unsere Leute
sind politisch d. h. zur besseren Gestaltung der
Staatsangelegenheiten nicht reif. Wenn dies wahr
ist, so erziehe man sie schleunigst dazu, damit sie
ausreifen. Vernünftigerweise heißt der Arzt die
Krankheit in ihrem Entwicklungskodium schnel-
ler und gründlicher, als wenn er ein verhöfetes
Leiden heilen helfen soll. Und wenn wir politisch
erziehen wollen, müssen wir bei den Jüng-
lingen mit 21 Jahren, die noch Interesse und
Willen zeigen, anfangen, nicht bei teilnahms-
losem Reuten. Den jungen Reuten müssen wir
die Anteilnahme an den gesellschaftlichen In-
teressen und Gruppen im Staate heibringen.
Wer aber wartet, bis das politische Interesse in
Teilnahmslosigkeit übergegangen ist und wer nur
immer behauptet, unsere Leute seien politisch
unreif, ohne ihnen Gelegenheit zur Betätigung
zu geben, — der will die politische Denkfähigkeit
und den Willen zum Handeln nicht erhalten.
Dem Gedankenkreis des absoluten und halbabsoluten
Staates, wo das Volk möglichst nichts zur staat-
lichen Verwaltung zu sagen hätte, wie nicht min-
der einem bei uns erst in neuerer Zeit begraben-
en politischen Bevormundungssystem hat der
hohe Volljährigkeits- und Wahltermin in seine
Wege gepakt. Das Volk hatte eben nichts zu
sagen, alles wurde von Obrigkeitshänden regiert
und gehandhabt. Wenn die Leute anderwärts
mit 19, 20 und 21 Jahren politisch reif gewor-
den sind, warum soll dies bei uns nicht möglich
sein, bei uns, sagen wir, wo stets brüllend ge-
genüber andern Völkern behauptet wird, unsere
Volkschulbildung und Intelligenzveranlagung
dürfe jeden Vergleich aushalten. An der Schule
werden ja unsere Leute auch über die staatlichen
Einrichtungen notdürftig aufgeklärt. Ist dies al-
les richtig, dann dürfen wir hinsichtlich der po-
litischen Betätigung nicht wieder behaupten, un-
sere Leute seien beschränkter als andere. Ein ei-
gentümlicher Widerspruch! Fort mit diesen
Scheineinwänden! Zu wünschen aber ist, daß
die staatsbürgerliche Erziehung gefördert werde.

Keine Berechtigung hat demnach der Ein-
wand, daß, wenn die 21-, 22- und 23-jährigen
stimmen und wählen können, kommen künftige
Wahl- und Abstimmungsergebnisse heraus. —
Warum stellen denn gerade die 24-Jährigen
kein Unheil mehr an? Die Antwort werden die
Gegner schuldig bleiben. Wieviel Neuwähler
treten denn auf, wenn diese Jahrgänge stim-
mend und wahlberechtigt werden? Wir schäben ihre
Zahl auf etwa 150 im Oberlande und auf 30
im Unterlande. Können denn etwa 230 Neu-
wähler gegenüber ca. 1600 alten Wählern eine
so ausschlaggebende Stellung einnehmen? Nein!
Denn einmal sind nicht alle einer Meinung und
zweitens verteilen sie sich je nach den Parteien.
Ehrliche Einwände können die Gegner nur aus
politischen Gründen bringen. Die Gegen-
partei fürchtet nämlich, daß die jungen Män-
ner sich überwiegend der Volkspartei anschließen.
Es mag dies zum Teil richtig sein und zugege-
ben werden. Die Herrenpartei fällt damit über
sich selbst das Verdammungsurteil, denn wenn
schon die jungen Männer überwiegend die Rich-
tung der Volkspartei für die richtige halten, so
steht es schlecht um ihre Sache: sie sieht nicht
mehr! Die Volkspartei aber kann sich nur be-

glückwünschen, wenn sie die Jugend erobert hat;
dann gehört ihr auch die Zukunft!
Mag nun die Abstimmung ausfallen wie sie
will, einmal muß der Termin herabgesetzt wer-
den. Fällt die Abstimmung für die Jünglinge
ungünstig aus, so werden sie verbittert und
haben erst recht alle Ursache, sich der Volkspar-
teie anzuschließen. Jünglinge und Jungfrauen,
benutet daran! Für die Jungfrauen handelt es
sich ja darum, daß sie mit 21 Jahren volljährig
werden!

Eine Partei, die sich fortschrittlich nennt,
sollte auch wirklich für den Fortschritt nach je-
der Richtung eintreten. Es ist aber ein rück-
schrittliches Zeichen, wenn man für einen ver-
alteten Alterstermin eintritt, denn für Oester-
reich sagen Krainz-Ehrenpreis, es (Oesterreich)
nimmt mit diesem Volljährig-
keitsalter eine vereinzelte
Stellung unter den heutigen
Kulturstaaten ein. Und für diese Rück-
ständigkeit will eine fortschrittliche Partei ein-
treten! Jüngling, siehst Du, wie man mit Lei-
nen politischen Rechten aus parteipolitischen
Gründen umsprängt!

Wir wollen vielen älteren Wählern daraus,
daß sie zu einem untätigen politischen Verhal-
ten durch ein gewisses Bevormundungssystem er-
zogen worden sind, einen Vorwurf nicht machen.
Wenn sie aber in andern Gefühlen und Ansich-
ten aufgezogen worden sind als ihre Söhne und
daher heute politisch sich lieber wenig oder gar
nicht betätigen wollen, so mögen sie es den
Jünglingen nicht verwehren, die es tun wol-
len. Unsere jungen Leute schlägt die Not des
Lebens mehr in die Welt hinaus als viele
ihrer Eltern; sie lernen fremde Einrichtungen
und Gebräuche kennen. Ihr engerer
Kulturstandpunkt erweitert sich und sie be-
merken, daß man von fremden Reuten und Län-
dern noch vieles lernen kann und daß hierzu ein
Fortschritt erforderlich ist, den der Daseinsblei-
bende von seinem beschränkten Gesichtskreis aus
weniger zu beurteilen vermag. Diese Jünglinge
sollen uns mitteilen, das Land und seine Volkswirtschaft
in moderne Bahnen zu lenken; sie sol-
len uns zu neuzeitlichen Verkehrsmitteln u. a.
verhelfen; und daß sie das tun werden, wissen
die sog. „Fortschrittlichen“. Deshalb ihre Be-
denken. Ist es denn ein Unheil, wenn wir im
Land mehr Verkehr, Verdienst und Arbeitsge-
legenheit erhalten? Wenn wir mit Hilfe dieser
Leute moderne Gesetze erhalten und die Han-
dels- und Zollbeziehungen nicht nur nach der
finanziellen Seite hin, sondern auch nach dem
Gesichtspunkte einer billigeren Le-
benshaltung ordnen wollen?

Wähler! Es ist eine sehr wichtige Abstim-
mung, an der Du in der nächsten Zeit teil-
nimmst; bedenke, daß diese Abstimmung einen
ungeheuren Ausblick für den volkstümlichen
Aufbau unserer noch halbabsolutistischen Verfas-
sung und Gesetzgebung ist! Wähler, bedenke, daß Du
den Fortschritt im Interesse des Landes und
der Zukunft Deiner Kinder willst! Hilf mit und
stimme Ja!

Jünglinge! Helfet der Volkspartei mit, die
bevormundenden Fesseln eines veralteten Ge-
setzes abzuwerfen. Jünglinge! Schließt Euch zu-
sammen, organisiert Euch und tretet geschlossen
in den Dienst der Volkspartei, agitiert für sie!
Jünglinge und Jungfrauen, helfet zusammen,
erzucht Eure Väter, Eure Freunde, daß sie ge-
schlossen für die Herabsetzung des Wahlfähigkeits-
und Großjährigkeitsalters eintreten; wisset, der
Landesfürst ist mit der Herabsetzung einverstanden,
wenn auch die Mehrheit des Volkes sie
will!

Legen wir ein kräftiges Ja in die Urne und
dann erst wird Diebstein den Diebsteinern
sein und bleiben!

(Schluß.)

Mehr Volksabgeordnete!
(Korrespondenz.)

I.

In unserer demokratischen Zeit sollte
man es nicht für möglich halten, daß noch ein
solcher Kampf um eine zweckmäßige und gerechte
Vertretung des Volkes entbrennen könne. In
unserem, mit vielem alten Ballast beschwerten,
durch Herrenmenschen zum Teil noch regier-
ten und verwalteten Lande ist aber im Zeitalter
der Demokratie dieser Kampf noch möglich.

Die Führer der Herrenpartei wollen demo-
kratisch sein — und dem Volke möglichst wenig
Rechte, ja noch weniger als früher lassen. Dies
lehrt uns vor allem die Landesgeschichte.

Die Vertretung des Volkes in der
Spätgrafenzeit und dann bis 1809, also wäh-
rend der Landammann-Verfassungszeit bestand
im Oberlande aus dem Landammann und zwölf
Geschworenen (Richtern), ebenso hatte die Herr-
schaft Schellenberg eine Vertretung von zusam-
men 13 Personen. Früher vertraten demnach,
wenn man Baduz und Schellenberg zusammen-
rechnet, 26 Männer das Volk. Unter Peter Kai-
ser sagt: „Alle 2 Jahre fand eine Wahl (des
Landammanns) statt. Zu berieten versammel-
ten sich alle, welche nicht ehr- und wehrlos wa-
ren und das sechzehnte Altersjahr er-
reicht hatten.“ Bis 1809 konnten also sogar die
16-Jährigen wählen — und leither soll ihnen
nach Ansicht unserer fortschrittlichen Herren die
nötige Einsicht und Reife fehlen!

In der ständischen Verfassungszeit seit
1818 bestand die Vertretung der Volkstände
mindestens aus 3 Geistlichen, allen Vorstehern
(Richtern) und Seckelmeistern der Gemeinde,
das macht schon mehr als 20 Vertreter aus. Da-
zu konnten aber noch größere Steuerzahler kom-
men. Diese Zeit dauerte bis 1862.

In einem Verfassungsentwurf von 1848
werden 24 Abgeordnete, 12 für das Oberland,
9 für das Unterland und 3 für die vorkommenden
Gemeinden vorgeschrieben.

Wieber Besser! Ist es nun nicht eigenartig,
daß unsere Vorfahren so sehr auf eine größere
Zahl der Volksvertreter Gewicht legten? Sie
müssen doch gedacht haben, eine breitere Volks-
vertretung sei gerade zur Vertretung der ver-
schiedenen Interessen, zur Vertretung der ein-
zelnen Stände notwendig. Haben wir es
denn heute nicht mehr notwendig?

Die Bevölkerung hat gegenüber früher
unbestreitbar zugenommen. Wir wollen nur ein-
nige Zahlen anführen:

Zur Zeit der Landammann-Verfassung wa-
ren in beiden Landschaften Baduz und Schellen-
berg zusammen nur 563 schutzhabende (haus-
habliche) Bürger. Rechnen wir hierzu noch die
Jungen über 16 Jahre, so dürften es nicht mehr
als 1000 gewesen sein und die Gesamtbevölke-
rung schätzungsweise 2300 Köpfe betragen ha-
ben. Diese vertraten im ganzen — selbstredend
für Schellenberg und Baduz getrennt — 26
Männer. 1613 betrug die Seelenzahl 2654, 1718
waren in der Grafschaft Baduz 570 und in der
Herrschaft Schellenberg 287 schutzhabliche Män-
ner. Heute beträgt die Seelenzahl bei normalem
Stand ca. 10,000, und diese sollen nun eine
kleinere Vertretung haben, als unsere weniger
zahlreichen Vorgänger. Schon die Ge-
schichte lehrt uns, daß wir mehr Volksvertreter
haben sollten.

Für die ausgleichende Erhöhung spricht auch
das Volksverhältnis zwischen Unterland und